

MAXIMILIAN LIEBMANN

Das Österreichische Konkordat 1933/34 im politischen Kontext

Das österreichische Konkordat 1933/34 brachte eine neue Ära in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat: die heiß umstrittenen kultur- beziehungsweise kirchenpolitischen Belange konnten aus dem Tagesstreit gezogen werden. Die wichtigste Folge davon war der Rückzug des Klerus aus der Politik. Unser Autor, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Graz, rekonstruiert die konflikthafte Vorgeschichte der Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche, den damaligen politischen Parteien und dem Ständestaat. Auf diesem Hintergrund erscheint das Konkordat 1933/34 nicht als ein Mittel der Privilegierung der Kirche, sondern als entscheidendes Instrumentarium zur Herstellung und Wahrung des religionspolitischen Friedens in der österreichischen Politik. (Redaktion)

1. Für die Kirche ist die Frage „Monarchie oder Republik“ zweitrangig

Am Dienstag, dem 12. November 1918, wurde mit den Stimmen der Christlichsozialen die Republik „Deutschösterreich“ proklamiert. Tags darauf meinte

sich der Obmann der Christlichsozialen, Prälat Johann Nepomuk Hauser¹, zum Erzbischof von Wien, Kardinal Friedrich Gustav Piffl², begeben zu müssen, um sich dafür zu entschuldigen, daß sie nun doch für die Republik gestimmt hatten. Hauser, der auch Landeshauptmann von Oberösterreich war, führte hierbei als Entschuldigungsgrund insbesondere die oberösterreichischen Bauern an, die ganz für die Republik eingestellt seien.³ Während bei der Proklamation vor dem Parlament Schüsse fallen, Tote und Verletzte auf der Straße liegen, diktiert der Erzbischof in der Rotenturmstraße sein Hirtenwort, in dem er die Priester auffordert, die Gläubigen zur unbedingten Treue gegenüber dem neuen, diesem eben proklamierten Staat, der Republik Deutschösterreich, zu ermahnen. Drei Tage später, am Freitag, dem 15. November, hält der Erzbischof eine Kleruskonferenz ab, an der auch der kommende Mann Österreichs, Dr. Ignaz Seipel⁴, teilnimmt. Hier hält Piffl eine programmatische staatspolitische Ansprache, die im dramatischen Aufruf gipfelt: „Ein wich-

¹ Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich 1908–1927. Linz 1988; Ludwig Reichold, Jodok Fink und Nepomuk Hauser. Von der Monarchie zur Republik Österreich. (Reihe Kurzbiographien, hg. vom Karl von Vogelsang-Institut). Wien 1989.

² Martin Krexner, Hirte an der Zeitenwende. Kardinal Friedrich Gustav Piffl und seine Zeit. Wien 1988; Maximilian Liebmann, Die Rolle Kardinal Piffls in der österreichischen Kirchenpolitik seiner Zeit. Graz 1960, ungedr. Theol. Diss.; und ders., Les Conclaves de Benoit XI et de Pie XI. Notes du Cardinal Piffl. In: La Revue Nouvelle. 19^e Année-Tome N^o 7–8, Juillet-Aout 1963, S. 34–52.

³ Tagebucheintragung von Prälat Josef Wagner, dem damaligen Sekretär von Kardinal Friedrich Gustav Piffl. Wagners Tagebücher befinden sich im Diözesanarchiv Wien (DAW). Ihre Kenntnis verdanke ich Prof. Mag. Karl Kalcsics.

⁴ Klemens von Klemperer, Ignaz Seipel Staatsmann einer Krisenzeit. Graz-Wien-Köln 1976; Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel Mensch und Staatsmann. Wien-Köln-Graz 1978.

tiger Moment für den künftigen Wahlkampf ist die grundsätzliche Ausschaltung der Parole „Monarchie oder Republik?“. Diese Frage ist vorderhand grundsätzlich zurückzustellen.“

Derselbe Kardinal, der vierzehn Tage zuvor noch mit donnernder Stimme im Stephansdom den Gläubigen die Losung zurief: „Gut und Blut für unseren Kaiser, Gut und Blut für unser Vaterland!“, beschwört jetzt seine Priester: „Ich warne nachdrücklich, mit dieser Parole, ‚Monarchie oder Republik?‘ in den Kampf zu gehen. Sie könnte ungeheuer schaden... Diese Frage: Monarchie oder Republik? müssen wir künftigen, ruhigeren Zeiten zur Entscheidung, sei es im Wege eines Volksreferendums, sei es im Wege der künftigen Konstituante, überlassen“.

Der Kardinal war mit dieser Haltung über seinen eigenen Schatten gesprungen. Er wies zwar der Kirche, den Gläubigen, einen anderen Weg als den der Restauration, aber nicht alle verstanden ihn und folgten ihm, für viele war er schlicht und einfach der Verräter, der um ein billiges Linsengericht Heiliges, Unaufgebbares, eben den Thron, verkauft und dafür die Republik mit ihrem lärmenden, streitenden und manchmal widerlich chaotisch anmutenden Parlament eingehandelt hatte.

Auf diese seine und des Episkopates Dienste und Meriten bei der Republikwerdung hat Kardinal Piffl in einem Brief an Staatskanzler Karl Renner⁵ im April 1919 auch eigens hingewiesen, als man kirchlicherseits im berühmten Glöckel-Erlaß⁶ den Auftakt zum Kulturkampf zu erblicken vermeinte.⁷

Daß der Dekan der Grazer Theologischen Fakultät Andreas Posch im März 1938 in einer Tageszeitung Parallelen im Verhalten der Bischöfe vom November 1918 und vom März 1938 mit deren berüchtigten März-Erklärungen konstatierte⁸, soll hier nicht unerwähnt bleiben.

2. Karl Renner schlägt dem Papst Diözesanregulierungen vor

Am 2. Juni 1919 wurde in Saint Germain der deutschösterreichischen Delegation der erste Entwurf des Friedensvertrages überreicht; hierin war dekretiert: Deutschböhmen, das Sudetenland, der Böhmerwaldgau, der Znaimer Kreis und niederösterreichische Grenzgebiete werden den Tschechen, Deutschsüdtirol wird den Italienern, der größte Teil Kärntens mit der Hauptstadt Klagenfurt und die Untersteiermark den Jugoslawen zugesprochen. Das Eigentum deutschöster-

⁵ Siegfried Nasko, Karl Renner 1870 bis 1950. In: Friedrich Weissensteiner/Erika Weinzierl (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk. Wien 1983, S. 24–52.

⁶ Herbert Dachs, Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schulen 1918 bis 1938. Wien 1982, S. 29–207; Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Bd. 5, Wien 1988, S. 64–91.

⁷ Krexner, Hirte (Anm. 2), S. 221; Ralf A. Höfer, Kulturkämpferischer und gesellschaftspolitischer Disput in Österreich nach dem I. Weltkrieg zwischen katholischer, deutschliberaler und austromarxistischer Presse. Graz 1991, ungedr. Theol. Diss. Die vorhin zitierte Rede Kardinal Piffls befindet sich maschinschriftlich im DAW, Nachlaß Piffl.

⁸ Vgl. Maximilian Liebmann, Rein zur Zeit des Nationalsozialismus und nach dem Zweiten Weltkrieg, In: Stift Rein 1129–1979. 850 Jahre Kultur und Glaube. Festschrift zum Jubiläum. Rein 1979, S. 252–292; insbesondere S. 286; Magnus Harald Anton Hofmüller, Steirische Priester befürworten den Nationalsozialismus und den Anschluß an das Deutsche Reich Adolf Hitlers. Graz 1997, ungedr. Theol. Dipl.; S. 95–99.

reichischer Staatsbürger in den Nachfolgestaaten wird beschlagnahmt.⁹ In Österreich erregte dieses Diktat größten Unwillen. Kardinal Piffl schrieb sofort nach Rom und bat Papst Benedikt XV., bei dessen Wahl er fünf Jahre zuvor maßgeblich mitgewirkt hatte¹⁰, um Intervention für Österreich. Geradezu prophetisch und voll dunkler Vorahnungen führte Piffl aus: „...so müssen doch alle, welche wollen, daß die Grundfesten einer bürgerlichen Gesellschaft bewahrt bleiben, überzeugt sein, daß ein solcher Friedensvertrag die Eintracht unter den Völkern nicht von langer Dauer machen kann, sondern vielmehr, da er das Völkerrecht verachtet und Österreich unter ein schwerstes Joch zwingt, Ursache eines neuen Wirrnisses sein wird... Deshalb flehe ich abermals im Namen der sogenannten Deutsch-Österreichischen Bischöfe und im Namen der unserer Sorge anvertrauten Gläubigen mit demütigen Worten um eine wirksame Intervention Eurer Heiligkeit, damit durch die wohlwollende Empfehlung Eurer Heiligkeit die Friedensbedingungen unter den Grundsätzen einer wahren Gerechtigkeit und Unparteilichkeit zustande kommen.“¹¹

Der endgültige Friedensvertrag enthielt dann tatsächlich Verbesserungen gegenüber dem skizzierten Entwurf; so sah die Grenzziehung für Kärnten wesentlich anders aus, und Burgenland wurde Österreich zugesprochen,

doch wurde der Friedensvertrag nach wie vor als schrecklich und niederschmetternd empfunden.¹²

Staatskanzler Karl Renner konstatierte in seinem Berichte über die Friedensverhandlungen am 6. September 1919, dem Parlament mitteilen zu müssen, daß der Friedensvertrag den Anschluß an Deutschland untersage, gehöre zu seiner schwersten Pflicht. Der Friedensvertrag bestimme auch, daß das kleine Deutschösterreich sich von da ab bloß Österreich zu nennen habe.¹³

Kardinal Piffl wandte sich mit einem Hirtenschreiben an die Gläubigen und ließ von der Kanzel verkünden, der Friede, der Österreich in seiner Wehrlosigkeit aufgezwungen worden sei, habe es nicht bloß arm, sondern zu einem Bettelvolk gemacht, und wenn es nicht verhungern wolle, müsse es sein tägliches Brot in fremden Ländern förmlich erbetteln. Weiters hieß es im Hirtenbrief, der Friedensvertrag werde früher oder später durch die Macht der Tatsachen eine Korrektur erfahren müssen.¹⁴

Im Vatikan verurteilte man die Friedensverträge nicht minder scharf, wobei es hieß, durch St. Germain sei an dem armen Österreich ein Verbrechen begangen worden. „Der Narr Wilson und Poincaré sind die Hauptschuldigen, die anderen haben durch Indifferenz gesündigt“, diese Feststellung gebe, findet Erika Weinzierl, nicht nur die Meinung von Kardinal Staatssekretär Pietro Gasparri wieder.¹⁵

⁹ Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*. Wien 1965, S. 163f.

¹⁰ Liebmann, Piffl (Anm. 2), S. 176ff.

¹¹ Piffl an Papst Benedikt XV., 4. VI. 1919 (Durchschlag), DAW, Nachlaß Piffl.

¹² Vgl. die Debatte in der 29. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich am 6. IX. 1919.

¹³ Ebd.

¹⁴ Wiener Diözesanblatt (WDBI), 4. II. 1920, S. 1ff.

¹⁵ Erika Weinzierl, *Kirche und Politik*. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalknik (Hg.), *Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik*. Graz-Wien-Köln 1983, 1. Bd., S. 437–496, insbesondere S. 453.

In den Unterhandlungen mit dem Vatikan spielte alsbald die Südtirolfrage, präziser die Grenze der Diözese Brixen, eine nicht geringe Rolle. Während die italienische Regierung die Abtrennung Nordtirols von der Diözese Brixen wünschte, war man auf vatikanischer Seite äußerst vorsichtig. Es wurden Pläne ventiliert, die einerseits Nordtirol als eigene Diözese mit Innsbruck als Bischofssitz vorsahen, aber auch andere, die zwar Nordtirol von Brixen lösen, aber gleich zur Gänze zu Salzburg schlagen sollten. Österreichischerseits wurde gegen jedwede Lostrennung Nordtirols von Südtirol opponiert und hierbei das Argument ins Treffen geführt, daß eine solche Lösung einer Anerkennung des Vertrages von St. Germain gleichkäme. So hielt sich der Vatikan zurück und wartete ab.¹⁶

Kein Geringerer als Staatskanzler Renner hat bei seiner Höflichkeitsvisite beim Papst anlässlich seines Staatsbesuches in Rom zu Ostern 1920¹⁷ ein ganzes kirchenpolitisches und staatskirchenrechtliches Programm, das samt und sonders Inhalt eines Konkordats zu sein pflegte, dem Papst vorgetragen:

1. Nordtirol soll von Brixen abgetrennt und ein eigenes Bistum werden.

2. Die Erzdiözese Salzburg soll ihren Tiroler Anteil an die neue Diözese Nordtirol abtreten.
3. Das Bistum Gurk soll aufgegeben und offensichtlich – was aus den Archivalien allerdings nicht hervorgeht – zu Salzburg geschlagen werden.
4. Burgenland sei als eigene Diözese mit Ödenburg als Bischofssitz ins Auge zu fassen.
5. Der österreichische Staatsrat verzichtet auf alle in puncto Kirche vom Kaiser übernommenen Rechte, etwa bei Bischofsernennungen etc.

Kardinal Piffl, den der Staatskanzler am 15. April 1920 über seine Besprechungen im Vatikan unterrichtete, war über diesen staatlichen Vorstoß völlig überrascht und erstaunt und „lehnt“ – liest man in Wagners Tagebuch – „alles vorläufig ab“.¹⁸

3. *Trennung von Kirche und Staat – Religion ist Privatsache*

Nach dem Willen der Sozialdemokratie, insbesondere durch Karl Leutner¹⁹ im Parlament vertreten, sollte der Staat getreu der marxistischen Doktrin „Religion ist Privatsache“, das heißt des politischen Atheismus²⁰, alle Mittel

¹⁶ Ebd., und Josef Kremsmair, *Der Weg zum österreichischen Konkordat von 1933/34* (Dissertationen der Universität Salzburg, 12. Bd.). Wien 1980, S. 98ff.

¹⁷ Karl Renner, *Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik*, 2. Bd. Wien 1953, S. 38.

¹⁸ Tagebuch Wagner (Anm. 3).

¹⁹ Höfer, *Kulturkämpferischer und gesellschaftspolitischer Disput* (Anm. 7); Bruno Sokol, Karl Leutner. In: ÖBL, V. Band, Wien 1972, S. 161f; Walter Goldinger/Dieter A. Binder, *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*. Wien 1992, S. 91ff.

²⁰ Marcel Reding, *Der politische Atheismus*. Graz-Wien-Köln 1957, S. 11: „Der Marxismus ist politischer Atheismus...“

und Aufwendungen für kirchlich-religiöse Zwecke annullieren und die Kirche zu einer privaten Vereinigung degradieren.²¹ Demgegenüber richtete der Wiener Kardinal die eisern verteidigte Barriere auf: Die Trennung von Kirche und Staat im sozialdemokratischen Sinne komme nicht in Frage, denn dies stehe im grundsätzlichen Widerspruch zu den Lehren der katholischen Kirche. Damit würde auch gewaltsam der in Österreich historisch gewachsene Konnex zwischen Kirche und Staat zerstört.

Schließlich seien Religion und Kirche, so dozierte der Kardinal, für das öffentliche Wohl und das Wohl der Bürger eine Staatsnotwendigkeit.²² In ihrem Hirtenbrief vom Jänner 1919 rüttelten die Bischöfe das österreichische Volk mit den Sätzen auf: „Ein neuer Kriegsruf erschallt in diesen Tagen: Trennung von Staat und Kirche'... Man gibt vor, Religion und Kirche sollen dadurch freigemacht werden, aber in Wahrheit will man die Religion tödlich treffen, indem man sie aus dem öffentlichen Leben in das stille Kämmerlein verweisen will.“²³

Es ist Erika Weinzierl zuzustimmen, wenn sie die Haltung der Sozialdemokratie zur Kirche definiert: „Der Antiklerikalismus der Sozialdemokratischen Partei war jedoch in der Praxis

die entschiedene Ablehnung der katholischen Kirche und des Klerus.“²⁴ Daß dieser harte und erbitterte Gegensatz zwischen Kirche und Sozialdemokratie keineswegs auf den sozialen Part der Arbeiterfrage, quasi auf die häufig behauptete kapitalistische Grundbefindlichkeit der Kirche reduziert werden kann, vermag der Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe zu Advent 1925 zu dokumentieren: „Eine Beschuldigung – ebenso unwahr wie boshaft – ist die Behauptung: Die katholische Kirche predige nur den Arbeitern den Gehorsam und die Duldung des kapitalistischen Übermutes; sie begünstige und beschütze dagegen das Unternehmertum und die Plutokratie der Gegenwart... Nie und nirgends hat die Kirche den Kapitalismus erlaubt oder gar begünstigt... Die katholische Kirche verurteilt den ausbeuterischen und gottlosen Kapitalismus... Das Bank- und Kreditwesen mit dem Börsenspiel ist zu einem Giftbaum geworden. Es dient den Finanzmächten, die Völker zu bewuchern und auszurauben... Die Bankwelt ist die beherrschende Macht in den Staaten geworden. Solange sie in solchem Umfange wie jetzt besteht, ist alle Arbeiterschutzgesetzgebung ohne sicheren und dauernden Erfolg, ist es unmöglich, den Kleinrentnern und Pensionisten

²¹ Ebd., S. 224f: „An dem 1875 in Gotha beschlossenen Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands beanstandete Marx, daß Staat und Kirche nicht stärker von der Erziehung ausgeschlossen wurden und, daß statt einer Befreiung vom religiösen Spuk die bürgerliche Gewissensfreiheit und die religiöse Duldung angestrebt wurden... Das neue Erfurter Programm (1891), dessen Ausarbeitung in Halle beschlossen wurde, war entschiedener marxistisch. Es forderte die Trennung von Kirche und Staat sowie ‚Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die Schule müsse rein weltlich sein.‘ Der Marxismus wurde Parteilehre.“

²² Piffis Stellungnahme zur Verfassung (Konzept, Autograph). DAW, Nachlaß Piffil.

²³ WDBI, 23. I. 1919, S. 6; Krexner, Hirte (Anm. 2), S. 214f.

²⁴ Weinzierl, Kirche und Politik (Anm. 15), S. 458.

wirksam zu helfen. Was diese Geldmacht vollzieht, ist himmelschreiende Sünde, in vielfacher Form verübt an Tausenden und Tausenden..."²⁵ Die österreichischen Bischöfe gehen in diesem Sozialhirtenbrief des weiteren zwar mit dem Sozialismus beziehungsweise mit der Sozialdemokratie sehr hart ins Gericht, ihr Hauptangriffspunkt ist und bleibt aber deren Antiklerikalismus und Atheismus und ungleich weniger deren sozialpolitische Bestrebungen.

Der politische Atheismus des Austromarxismus versperrte der Sozialdemokratie die Tür zu einem offenen und ehrlichen Dialog mit der Kirche und damit auch zur regierenden Christlich-sozialen Partei, die im engsten Konnex mit der Kirche stand, indem sie Aufrufe wie nachstehenden erließ: „Es ist die Revolution solange nicht fertig, solange nicht die geistige Erhebung im Stande ist, den als heimtückischsten, gefährlichsten Volksfeind erkannten Klerikalismus zu besiegen. Nur wenn jeder, der innerlich längst mit der Kirche fertig geworden ist (wer nicht mehr an Dogmen glaubt, wer nicht betet, wer keine Sakramente empfängt), aus der Kirche austritt, wird die Macht der Kirche gebrochen werden. Man kann nicht Sozialist und zugleich

Kirchengänger sein! Darum: Heraus aus der Kirche! Werdet konfessionslos!"²⁶

Der Frage nachzugehen, ob der austromarxistische Traum von der Revolution dem Staat und der Gesellschaft Österreichs mehr zum Schaden oder mehr zum Nutzen gereichte beziehungsweise mehr zu seinem Untergang oder mehr zu seiner Erhaltung beitrug, erscheint als lohnendes Forschungsgebiet.

4. Das Feindbild Seipel – Pfliegler, der Brückenbauer

Nach den tragischen Ereignissen des 15. Juli 1927 mit den 89 Toten – die von den Demonstranten erschossenen Polizisten mitgerechnet –, dem ausgebrannten Justizpalast und der zerstörten Reichspostredaktion lenkte die Sozialdemokratie den ganzen aufgestauten Unmut und Haß auf Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel. Der Priesterkanzler wurde zur Hauptzielscheibe der folgenden Auseinandersetzungen. Eine Passage seiner Parlamentsrede, in der er sich als kühler und sachlicher Verteidiger der staatlichen Ordnung, der Demokratie, der Verfassung und der Republik ausgewiesen

²⁵ Lehren und Weisungen der österr. Bischöfe über soziale Fragen der Gegenwart. In: WDBI, 31. XII. 1925, S. 67–77; vgl. Kardinal Fr. G. Piffl und der österreichische Episkopat zu sozialen und kulturellen Fragen 1913–1932, Quellensammlung von August M. Knöll, Wien-Leipzig 1932, S. 80ff; Krexner, Hirte (Anm. 2, S. 300ff; Markus L. Schlagnitweit, Der Kapitalismus zwischen Freispruch und Verdammung. Der österreichische Sozialhirtenbrief von 1925 im Spannungsfeld von Realität und Utopie. (Publikationen des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte, Serie 2, Studien, Dokumentationen, 29), (Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaft Salzburg, N.F., 62). Wien-Salzburg 1995.

²⁶ Reichspost (RP), II. 1923, S. 6. Vgl. hierzu auch: Robert Prantner, Kreuz und weiße Nelke. Christlich-soziale und Kirche in der 1. Republik im Spiegel der Presse (1918–1932). Wien-Köln-Graz 1984, S. 122f; Erika Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933. Wien 1960, S. 141; und Klemperer, Seipel (Anm. 4), S. 194.

hatte, wurde zum „Prälaten ohne Milde“ böswillig verfremdet.²⁷

In der sogleich einsetzenden, wohl-organisierten Kirkenaustrittspropaganda wurden in der Arbeiterzeitung die Katholiken aufgefordert, aus der Kirche auszutreten, „um so die an der Arbeiterschaft begangene Blutschuld zu rächen“.²⁸ Und dies, obwohl Dr. Otto Bauer²⁹, der Chefideologe der Sozialdemokratie und deren Wortführer im Parlament, dazwischenrief, während Seipel noch redete, die eigentliche Schießpartei seien die Großdeutschen.³⁰ Diese antikirchliche Propaganda sollte den Priester Seipel entnerven und ihn über den Umweg seines Priestertums als Politiker ausschalten.

Diese Taktik, die Kirche zu diskreditieren, um sich des Bundeskanzlers zu entledigen, wurde mit Raffinesse weitergeführt. Ein Artikel in der Arbeiterzeitung mit der Überschrift: „Seipel oder Christus“³¹ erschien, und am 13. September 1927 verkündete die Arbeiterzeitung triumphierend: „Die Flucht aus der Seipel-Kirche hält an! Beinahe 13.000 Austritte in Wien seit dem 15. Juli; in den ersten zehn Septembertagen mehr als 2.700!“³²

Der Biograph Seipels, Klemens von Klemperer, wirft Seipel im Konnex zum 15. Juli 1927, als die Sozialdemokratie unterlegen war und ihre Führer von ihren eigenen Anhängern im Stiche gelassen und blamiert das Feld räumen mußten, vor: „Jene Großmütigkeit im Siegen, die zu Churchills Motto gehörte und die man von einem Geistlichen erwarten würde, war ihm nicht gegeben“.³³ Wenn hier mit Mangel an Großmütigkeit gemeint ist, Seipel - von dem damals die New York Times übrigens schrieb, er habe neuerlich sein Genie, schwierige Situationen zu meistern, bewiesen³⁴ - hätte, gerade weil er Priester war, nach dieser Julikatastrophe der Sozialdemokratie ein Koalitionsangebot machen, das heißt, ihr den Eintritt in die Regierung anbieten sollen, dann mag man dem zustimmen.

Eine solche tages-, partei- und staatspolitisch hochbrisante Forderung hat damals der noch junge Priester und später so maßgebliche österreichische Pastoraltheologe Michael Pfliegler öffentlich erhoben. Pfliegler, der den Ruf genießt, ein Vorkämpfer des Rückzuges der Kirche aus der Politik und

²⁷ Norbert Leser, Ignaz Seipel und Otto Bauer – Versuch einer kritischen Konfrontation. In: Geschichte und Gegenwart, 1. Jg., 1982, S. 251–285; S. 271f: „Das Wort vom ‚Prälat ohne Milde‘, das eine böswillige Verzerrung einer Wendung in seiner Parlamentsrede zu den Ereignissen des 15. Juni 1927 war, mit dem ihn die sozialdemokratische Propaganda ins Herz traf, hat...“ Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Herwig Wolfram [Hg.]), Österreichische Geschichte 1890–1990, Wien 1994, S. 287ff; ders., Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Veröffentlichungen des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, II. Serie, Studien, 5), Salzburg 1977, S. 11f.

²⁸ Arbeiterzeitung (AZ), 6. VIII. 1927, S. 7.

²⁹ Erich Föschl u.a. (Hg.), Otto Bauer (1881–1938), Theorie und Praxis. Wien 1985; Otto Leichter, Otto Bauer. Wien 1970; Otto Bauer, Werkausgabe, 9 Bde. (Hg. von der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung). Wien 1975–1980.

³⁰ Stenographisches Protokoll; III. Gesetzgebungsperiode. 7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 26. VII. 1927, S. 130.

³¹ AZ, 7. VIII. 1927, S. 17.

³² Ebd., 13. IX. 1927, S. 6.

³³ Klemperer, Seipel (Anm. 4), S. 217.

³⁴ Ebd.

des Pastoralkatholizismus zu sein, hat dieses pastoraltheologisch motivierte Verlangen mit den Worten gestellt: „Vor allem muß endlich gründlich dem Entweder-Oder: Kirche oder Proletariat, widersprochen werden. Nicht Kirche oder Proletariat, sondern Kirche und Proletariat, nicht Kampf gegen den Sozialismus, sondern Erlösung und Sinngebung des Sozialismus“. Pfliegler urgiert die Koalition der Christlichsozialen mit der Sozialdemokratie, „trotzdem viele Führer der österreichischen Sozialdemokratie mehr Vertreter des russischen Satanismus als der Arbeiter sind“.³⁵ Seipel hatte sich aber im Frühjahr jenes Unglücksjahres 1927 dezidiert festgelegt, er werde, solange er in der Politik sei, nie mit den Sozialdemokraten eine Koalition schließen. Im November 1927 bekräftigte er neuerlich, werde der Tag für eine solche Koalition jedoch einmal reif sein, dann „wird die Sache ohne Seipel gemacht werden“.³⁶

Was Seipel im Jahre 1927 noch unmöglich war, vermochte er vier Jahre später doch. Bundespräsident Wilhelm Miklas³⁷ hatte ihn am 19. Juni 1931 neuerlich mit der Regierungsbildung betraut. Seipel, bereits vom nahen Tod gezeichnet, nimmt den Auftrag an und begibt sich, noch ehe er entsprechende Parteiverhandlungen beginnt, wie so oft vor entscheidenden Stunden, zu seinem Bischof, zu Kardinal Friedrich

Gustav Piffl, um sich in dieser heiklen Situation zu beraten.³⁸ Darauf lädt er die Sozialdemokratische Partei ein, in eine Konzentrationsregierung einzutreten, und bietet Dr. Otto Bauer die Vizekanzlerschaft an. Nur so, meinte der Priester Seipel, und mit ihm wohl auch sein Kardinal und die Kirche Österreichs, könne diesem am Rande seiner Existenz dahintäumelnden Land in seiner politischen und wirtschaftlichen Not – quasi fünf vor zwölf – Rettung widerfahren. Am Horizont wurden auch bereits nationalsozialistische Umtriebe drohend sichtbar.

Das Mißtrauen der Sozialdemokraten Seipel gegenüber war aber zu groß und das von ihnen über ein Jahrzehnt kultivierte Feindbild Seipel zu übermächtig. Sie versagten sich und nahmen Seipels Angebot nicht an, was heute auch von sozialistischer Seite in Anbetracht der Kenntnis des weiteren Geschichtsverlaufes als ein schwerer und entscheidender Fehler ihrerseits gewertet wird.³⁹

5. Vom Schicksalsjahr 1933 zum Katastrophenjahr 1934

Ein halbes Jahr nach der Selbstausschaltung des Parlamentes, der die Ausschaltung durch die Regierung gefolgt war, ging in Wien der sogenannte Allgemeine Deutsche Katho-

³⁵ Michael Pfliegler, Kirche, Sozialdemokratie, Christlichsoziale und Christus der König. In Neuland, 4. Jg., 1927, S. 121–127; zitierte Stelle S. 126. Zu Pfliegler vgl. Maximilian Liebmann, Pfliegler. In: Katholisches Soziallexikon. Innsbruck-Graz 1980, Sp. 2110ff.

³⁶ Zitiert nach Klemperer, Seipel (Anm. 4), S. 240, Anm. 135.

³⁷ Walter Goldinger, Wilhelm Miklas 1872 bis 1956. In: Friedrich Weissensteiner (Hg.) Die österreichischen Bundespräsidenten, Leben und Werk. Wien 1982, S. 82–120.

³⁸ Seipel-Tagebuch, 19. VI. 1931 (Original). DAW, Nachlaß Seipel. Vgl. auch Klemperer, Seipel (Anm. 4), S. 319.

³⁹ Leser, Seipel-Bauer (Anm. 27), S. 277ff, vgl. Anton Staudinger, Konzentrationsregierung, Bürgerblock oder Präsidiales Minderheitsregime? Zum angeblichen Koalitionsangebot Ignaz Seipels an die Sozialdemokratie im Juni 1931. In: Zeitgeschichte, Heft 1, Wien 1984, S. 1–18.

likentag über die Bühne. Ob der Tausend-Mark-Sperre Hitlers fand er allerdings ohne die Deutschen aus dem Dritten Reich statt. Am 9. September 1933 hielt Bundeskanzler Engelbert Dollfuß⁴⁰ seine Begrüßungsansprache, wobei er diese Gelegenheit zu einer programmatischen Rede über und für den projektierten „Christlichen Ständestaat“⁴¹ nützte oder, wie manche heute urteilen, mißbrauchte. Lautstark verkündete er vor versammelter Prominenz den dichtgedrängt im Wiener Stadion versammelten Katholiken: „Ja, wir wollen einen christlich-deutschen Staat in unserer Heimat errichten! Wir brauchen uns nur an die letzten Enzykliken des Heiligen Vaters zu halten; sie sind uns Wegweiser für die Gestaltung des Staatswesens in unserer Heimat. Die jetzige Regierung ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Wege zu leiten. Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ uns so schön verkündet, zur Grundlage des Verfas-

sungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika im Staatsleben Folge leistet.“⁴² Der offizielle Katholikentagsbericht wird sicherlich korrekt die Situation wiedergeben, wenn er zur Dollfuß-Rede erzählt: „Die denkwürdigen Worte des Bundeskanzlers waren fast von Satz zu Satz von dem Beifall der Massen unterbrochen.“

Daß Dollfuß diese Beifallsstürme des Katholikentages als Zustimmung für seinen autoritären Kurs und für den angekündigten Ständestaat auffassen konnte und sie ihn für seinen Kurs stimulierten, liegt auf der Hand. Diese Beifallsstürme „steigerten sich“, heißt es im Bericht weiter, „minutenlang das Stadion durchbrausend, bei den Worten des Kanzlers, seine Regierung habe den Ehrgeiz, als erste die Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ zu verwirklichen, und schwollen zum nicht enden wollenden Beifallssturm, als er mit dem feierlichen Gelöbniß schloß, einen christlichen Staat vorbereiten zu wollen“.⁴³

⁴⁰ Gerhard Jagschitz, Engelbert Dollfuß 1892 bis 1934. In: die Österreichischen Bundeskanzler (Anm. 5), S. 190–217.

⁴¹ Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), „Austrofaschismus“ Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 18, hg. vom Verein Kritische Sozialwissenschaft und Politische Bildung). Wien 1984; Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938. In: Christliche Demokratie 1984, 2. Jg., Nr. 1, S. 20–41; ders. Die Kirche in Österreich, ihr Verhältnis zum Ständestaat, zur NS-Bewegung und ihre Rolle in der Anschlußzeit. In: Joseph F. Desput (Hg.), Österreich 1934–1938. Erfahrungen, Erkenntnisse, Besinnung, Graz-Wien-Köln 1984, S. 104–134; ders., Jugend-Kirche-Ständestaat. In: Maximilian Liebmann, Dieter A. Binder u.a. (Hg.), Festgabe des Hauses Styria. Hanns Sassmann zum 60. Geburtstag. Graz-Wien-Köln 1984, S. 187–204; Dieter A. Binder, Der „Christliche Ständestaat“ Österreich 1934–1938. In: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Band 1, Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Wien-Köln-Weimar 1997, S. 203–256.

⁴² Allgemeiner Deutscher Katholikentag, Wien 1933, 7. bis 12. September. Wien 1934, S. 55.

⁴³ Ebd., S. 57; vgl. auch Peter Hofrichter, Die Österreichischen Katholikentage des 20. Jahrhunderts (bis 1933). Wien 1966, ungedr. Phil. Diss.; Maximilian Liebmann, Deutsche und Österreichische Katholikentage – die fünf Steirischen Katholikentage. In: Johannes Marböck (Hg.), Brüderlichkeit (Grazer theologische Studien, 5. Bd.). Graz 1981, S. 9–55; ders., Die geistige Konzeption der österreichischen Katholikentage in der Ersten Republik. In: I. Ackerl/R. Neck (Hg.), Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Veröffentlichungen, 10. Bd.) Wien 1986, S. 125–175.

Wieder ein halbes Jahr später, am 12. Februar 1934, erlebt die Erste Republik ihren blutigsten Tag. Die Lichter erloschen, und der Tag, der auch „Februaraufstand“ genannt wird, nahm in Linz seinen Anfang. „Der erste Schuß, auf den es sonderbarer Weise immer ankommt, fiel ... wohl von sozialistischer Seite“, konstatierte Hanns Leo Mikoletzky. Dem fügte er hinzu: „Daß diese dazu nicht berechtigt war, weil es immerhin die staatliche Exekutive war, die bei ihr eindrang, dürfte unleugbar sein“.⁴⁴ Der sozialistische Historiker Buttinger faßte zusammen: „Der führerlose bewaffnete Widerstand der österreichischen Arbeiter, die mit ihrem Blut den Parteiuntergang aus einem bloß erbärmlichen in ein gleichzeitig heroisches Ereignis verwandelten, dauerte drei Tage“.⁴⁵ Der ideologische Führer der Sozialdemokraten, Dr. Otto Bauer, war in die Tschechoslowakei geflüchtet. Die Revolte, die nicht populär war, kostete auf beiden Seiten schwere Opfer. „Die Exekutive hatte einschließlich der freiwilligen Wehrverbände 128, die Zivilbevölkerung 193 Tote zu beklagen.“⁴⁶ Zu diesen Opfern sind noch jene Männer zu zählen, denen eine grausame Justiz durch das Standgericht das Leben nahm, deren erster der verwundete Schutzbündler Karl Münichreiter und deren vielleicht bekanntester Koloman Wallisch aus Bruck an der Mur war,

„der durch seinen bedingungslosen Einsatz für die Sozialisten zu einer mystischen Figur wurde“.⁴⁷

Was sagte die offizielle Kirche, insbesondere der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Innitzer⁴⁸, zu den Standgerichten? Der Wiener Erzbischof Innitzer muß bei der zuständigen Instanz, dem Justizminister Kurt Schuschnigg⁴⁹, nachdrücklich für die Begnadigung der Verurteilten interveniert haben, denn nur so läßt sich dessen Rechtfertigungsbrief vom 21. Februar an den Kardinal befriedigend erklären, in dem er den Kardinal wissen ließ: „Von den rund 150 Tätern, die vor das Standgericht gestellt wurden, mußte an acht Tätern die Todesstrafe vollzogen werden; darunter waren drei in Wien, zwei in St. Pölten, einer in Graz, einer in Steyr und einer in Leoben (Wallisch)... In allen übrigen Fällen handelte es sich um schwerste Gewalttäter, durch deren unmittelbares Verschulden Todesopfer der Exekutive und zum Teil auch völlig unbeteiligter Dritter zu beklagen sind, die aus dem Wege geräumt wurden, nur um lästige Zeugen los zu sein. Ich kann daher guten Gewissens sagen, daß der Vollzug der Todesstrafe nur wirklich schwerst Schuldige getroffen hat. Mit Rücksicht auf den großen Umfang der standgerichtlich Verurteilten und auch die Zahl der verhängten Todesurteile ist die Anzahl der Justi-

⁴⁴ Hanns Leo Mikoletzky, *Österreich im 20. Jahrhundert*. Wien 1969, S. 279.

⁴⁵ Josef Buttinger, *Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung*. Köln 1953, S. 23.

⁴⁶ Walter Goldinger, *Geschichte der Republik Österreich*. Wien 1962, S. 194.

⁴⁷ Ebd., S. 195.

⁴⁸ Maximilian Liebmann, Innitzer, Theodor (1875–1955). In: Erwin Gatz (Hg.), *Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon*. Berlin 1983, S. 339–343; ders., *Theodor Innitzer und der Anschluß Österreichs*. Kirche 1938. Graz-Wien-Köln 1988.

⁴⁹ Anton Hopfgartner, Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler. Graz-Wien-Köln 1989; Dieter A. Binder/Heinrich Schuschnigg, „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschnigg 1938–1945. Wien-München 1997.

fizierten glücklicherweise eine sehr geringe zu nennen.“⁵⁰ Fünf Monate später, am 25. Juli, wurde Bundeskanzler Dollfuß das Opfer eines nationalsozialistischen Putschversuches; man ließ ihn im Bundeskanzleramt einfach verbluten. Bloß vier Monate zuvor hatte der in die Tschechoslowakei geflüchtete Führer der Sozialdemokratie geschrieben: „Daß die Herren Dollfuß und Fey die Arbeiter für sich gewinnen könnten, ist nicht zu befürchten... Viel größer ist die Gefahr, daß der Nationalsozialismus in verstärktem Maße in die Arbeiterschaft einzudringen vermöchte... So mancher Arbeiter denkt heute: „Wenn die Nazi uns nur versprechen, den Dollfuß und den Fey aufzuhängen, dann gehen wir mit ihnen!““⁵¹ Otto Bauer hat die tödliche Gefahr, die hinter der Grundposition, die hier zu Tage tritt und die schlicht und einfach heißt, nicht Dollfuß sondern Hitler, nicht „das wenig getarnte austrofaschistische System“ – wie sich der damalige Bundespräsident Wilhelm Miklas ausdrückte⁵² – sondern der Nationalsozialismus ist das kleinere Übel, voll er-

kannt, und so fährt er förmlich mit erhobenem Zeigefinger fort: „Darin“, Bauer meint damit die Geisteshaltung, mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache zu machen, wenn sie bloß versprechen, Bundeskanzler Dollfuß zu ermorden, „liegt eine ernste Gefahr. Sie zu bekämpfen“, ruft er seinen Genossen zu, „ist unsere allererste Aufgabe“.⁵³ Ob Otto Bauers Weck- und Mahnruf in ausreichendem Maße gehört und befolgt wurde oder zu spät kam, wird man heute eher im negativen Sinne beantworten müssen.

Es kann und darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß sich Karl Kraus, jener scharfzüngige Zeitkritiker, der weder Freund noch Feind, weder eine Partei noch eine Ideologie schonte, im Juli 1934, bezogen auf den autoritär-austrofaschistischen Kurs von Dollfuß und dessen Kampf gegen den Nationalsozialismus, vernehmen ließ: „Ich stimme ganz mit Dollfuß überein, gegen die Auferstehung Wotans sei der Parlamentarismus unwirksam, gegen das Mysterium von Blut und Boden versage die Demokratie...“⁵⁴

⁵⁰ Justiz- und Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg an Kardinal Innitzer, 21. II. 1934 (Original, maschinschr.). DAW, Nachlaß Innitzer; Liebmann, Der 12. Februar 1934 – Das Ziel der Revolte und die Katholische Kirche. In: Christliche Demokratie 1989, 7. Jg., Nr. 3, S. 305–340; Franz Loidl, Von karitativ-pastoralen Hilfen des österreichischen Klerus bei den Februar-Ereignissen 1934 (einige Hinweise). In: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte, Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. St. Pölten 1976, S. 189–215.

⁵¹ Otto Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Prag 1934, S. 29f.

⁵² Wilhelm Miklas an Kardinal Innitzer, 4. III. 1934 (Handschriften, Original). DAW, BA Innitzer (Anm. 50); ediert in: Viktor Reimann, Innitzer – Kardinal zwischen Hitler und Rom. Wien-München 1988, S. 42f.

⁵³ Bauer, Aufstand (Anm. 51) S. 30.

⁵⁴ In: Die Fackel, Wien, Juli 1934; XXXVI. S. 276f. Alfred Pfabigan konstatierte in seiner Untersuchung „Karl Kraus und der Sozialismus“, Wien 1976, S. 351: „Ein weiterer wichtiger Faktor, der Kraus' Einstellung zum Austrofaschismus prägte, war seine große persönliche Verehrung für den Diktator Engelbert Dollfuß“. S. 355: „Zwischen den Schichten, die Kraus kannten und auf ihn hörten, und denen, die Nazis wurden, lag eine unüberbrückbare Kluft. Die sogenannten Krausianer kamen aus den verschiedensten politischen Lagern und sind in die verschiedensten weitergewandert, für den Nationalsozialismus war – mit Ausnahme Emil Franzels – kaum einer von ihnen anfällig.“

6. Mit dem Konkordat beginnt eine neue Ära

Durch die Allokution Papst Benedikts XV. vom November 1921 war es klar, daß der Heilige Stuhl das Konkordat von 1855 – das übrigens von österreichischer Seite bereits 1870 einseitig gekündigt worden war – bedingt durch den Zerfall der Donaumonarchie 1918 für das neue, republikanische, kleine Österreich nicht mehr als geltend betrachtete.⁵⁵ Nach mehreren internen Besprechungen wandte sich die österreichische Bischofskonferenz 1929 offiziell an den Papst mit der Bitte, „die nötigen Vorbereitungen für den Abschluß eines neuen Konkordates zu veranlassen“.⁵⁶ Die heiß umkämpften Themen des schleichenden, zermürbenden Kulturkampfes, wie vor allem Schule und Ehe⁵⁷ (Sever-Ehen)⁵⁸, sollten endlich nicht mehr die Tagespolitik belasten, und die Kirche sollte von der parteipolitischen Verstrickung befreit werden. Die Verhandlungen wurden zwar gewissenhaft, aber in unterschiedlicher Intensität geführt, so daß sie sich, durch die instabilen politischen Verhältnisse bedingt, immer wieder in die Länge zogen.

Am 7. Juni 1933 konnte man in der Wiener Zeitung endlich die erlösende Mitteilung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß lesen, in der er, auf den 5. Juni bezogen, ausführte: „...in den Abendstunden haben wir in den Räumen des Kardinal-Staatssekretärs Pacelli das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem österreichischen Staat in feierlicher Weise unterzeichnet“.⁵⁹

Welche Konsequenzen die österreichische Kirche aus dem Abschluß des Konkordates und der damit verbundenen Ausklammerung der so heiß umstrittenen kultur- beziehungsweise kirchenpolitischen Belange aus dem Tagesstreit zog, kann man am besten daraus ersehen, daß sie sich nun aus der Tagespolitik zurückziehen begann. Einer der wichtigsten diesbezüglichen Marksteine ist ohne Konkordatsabschluß 1933/34 undenkbar, nämlich der Beschluß der Bischofskonferenz vom 30. November 1933 auf völligen Rückzug des Klerus aus der Politik. Alle Geistlichen, die Mandate als Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete oder Landesräte, Gemeinderäte oder Gemeindeausschußmitglieder innehatten, wurden mit Nachdruck

⁵⁵ *Kremsmair*, Der Weg zum österreichischen Konkordat (Anm. 16), S. 92f.; und *ders.*, Geschichte des österreichischen Konkordates 1933/34. Von den Anfängen bis zur Unterzeichnung. In: *Hans Paarhammer, Franz Pototschnig und Alfred Rinnerthaler* (Hg.), 60 Jahre Österreichisches Konkordat (Veröffentlichungen des internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, N.F., Bd. 56). München 1994, S. 77–118.

⁵⁶ *Weinzierl*, Kirche und Politik (Anm. 15), S. 478.

⁵⁷ *Franz Pototschnig*, Konkordat und Eherecht. In: 60 Jahre Österreichisches Konkordat (Anm. 55), S. 437–452.

⁵⁸ Mit „Sever-Ehen (Severehen)“ waren Ehen gemeint, die nach Erteilung einer Dispens vom bestehenden Eheband durch den Landeshauptmann von Niederösterreich und Wien, Albert Sever, geschlossen wurden. Da der Verfassungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof über deren Gültigkeit uneinig waren, wurde in Eheangelegenheiten ein unhaltbarer Rechtszustand geschaffen. *Ulrike Harmat*, Die Auseinandersetzungen um das Ehescheidungsrecht und die sogenannten „Sever-Ehen“ 1918–1938. Wien 1996, ungedr. Phil. Diss.

⁵⁹ Wiener Zeitung, 7. VI. 1933. S. 1.

vom Episkopat aufgefordert, binnen 14 Tagen ihre Mandate niederzulegen.⁶⁰ Das Konkordat gab den Bischöfen auch die willkommene Handhabe, den österreichischen Katholizismus umzustrukturieren. Die Dachorganisation selbständiger Vereine wurde in die streng zentralistisch-klerikalistische „Katholische Aktion“ mit hierarchischem Aufbau umorganisiert.⁶¹ Das „als das beste seit langem“⁶² qualifizierte Konkordat ließ mit seiner Ratifizierung jedoch auf sich warten. Beim sogenannten „Allgemeinen Deutschen Katholikentag“ in Wien, im September 1933, versprach Dollfuß, Österreich werde sogleich die im Konkordat getroffenen Vereinbarungen „im Rahmen der bestehenden Gesetze schon jetzt zu verwirklichen“ trachten; für die Ratifizierung seien allerdings die „formalen Voraussetzungen“ noch nicht gegeben.⁶³ Diese sah Dollfuß in der Nacht zum 1. Mai des tragischen Bürgerkriegsjahres 1934 für gekommen.⁶⁴ Stunden zuvor genehmigten die von der Regierung noch anerkannten

Parlamentarier das Konkordat, worauf es Bundespräsident Wilhelm Miklas gleich in derselben Nacht auf den 1. Mai ratifizierte, um so seine Publizierung gemeinsam mit der Verfassung des „Christlichen Ständestaates“ zu ermöglichen.⁶⁵ Dieser enge zeitliche Konnex zwischen Ständestaatsverfassung und Konkordat provozierte die inzwischen verbotene und in die Illegalität getriebene Sozialdemokratie, die gemäß ihrer Prinzipien „Trennung von Kirche und Staat“ und „Religion ist Privatsache“ jedwedes Konkordat von vornherein ablehnte, so daß ihr im Exil in Brünn gedrucktes Zentralorgan, die Arbeiterzeitung, Formulierungen fand wie: Die Kirche „bringt jetzt ihre Beute heim in der Gestalt des Konkordates, das die Faschistenregierung mit dem Papst abgeschlossen hat“. Dem wurde die Drohung angefügt, daß, „sobald der ‚christliche‘ Faschismus vor der Arbeiterklasse wird kapitulieren müssen, die Arbeiterklasse das Konkordat von 1934 wie einen Fetzen Papier behandeln werde“.⁶⁶ Es dauerte

⁶⁰ Protokoll der österreichischen Bischofskonferenz, 27. – 30. XI. 1933. DAW; Harry Slapnicka, Vor 50 Jahren: Abzug des Klerus aus der Politik. In: theologisch-praktische Quartalschrift, 131. Jg. (1983) S. 242–250.

⁶¹ Maximilian Liebmann, Katholische Aktion und Ständestaat. In: Hans Walther Kaluza u.a. (Hg.), Pax et Iustitia. Festschrift für Alfred Kostecky zum 70. Geburtstag. Berlin 1990, S. 601–622; ders., Metaphern für laienapostolische Aktionen und Strukturen. Von Modernismus über Integralismus bis zum Kirchenvolks-Begehren (im Druck); Markus Lehner, Vom Bollwerk zur Brücke. Katholische Aktion in Österreich. Thaur/Tirol 1992; Dieter A. Binder, Das Spannungsfeld Kirche und Staat. In: Kirche in der Gesellschaft. Wege in das 3. Jahrtausend (hg. vom Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz). Wien 1997, S. 111–124.

⁶² Am 22. VI. 1933 berichtete Bundeskanzler Dollfuß dem Klubvorstand der Christlichsozialen Partei aus Rom: „Ich habe wiederholt gehört, daß man dieses Konkordat als das beste seit langem ansieht. Ich habe den Eindruck, daß der Vatikan sehr zufrieden ist“. In: Walter Goldinger (Hg.), Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte; Gesamtedition Isabella Ackerl, 2. Bd.). Wien 1980, S. 251.

⁶³ Allgemeiner Deutscher Katholikentag (Anm. 42), S. 56; Erika Weinzierl, Das österreichische Konkordat von 1933. Von der Unterzeichnung bis zur Ratifikation. In: 60 Jahre Österreichisches Konkordat (Anm. 55), S. 119–134.

⁶⁴ Kremsmair, Der Weg zum österreichischen Konkordat (Anm. 16), S. 320.

⁶⁵ Weinzierl, Österreichisches Konkordate (Anm. 26), S. 230f; dies., Das österreichische Konkordat (Anm. 63), S. 129; Hugo Baltz-Balzberg, Die österreichische Verfassung und das Konkordat vom 1. Mai 1934. Ein praktischer Führer mit Inhaltsübersicht und Schlagwortverzeichnis. Graz 1934.

⁶⁶ AZ, 13. V. 1934, S. 1f.

keine vier Jahre, und das Konkordat wurde tatsächlich wie ein Fetzen Papier behandelt, allerdings nicht von der Arbeiterklasse und vom Sozialismus, sondern vom Nationalsozialismus. Mit dem Anschluß Österreichs am 13. März 1938 wurde es ein konkordatsfreier Raum und die Kirche der Willkür von NS-Potentaten preisgegeben.⁶⁷

1945, als das NS-Unrechtsregime der Demokratie weichen mußte und Österreichs Politiker zum Wiederaufbau schritten, waren die Ressentiments gegen das Konkordat im sozialistischen Lager noch keineswegs abgeebbt. Die Entwicklung, welche die Sozialdemokratie in puncto Kirchenpolitik und in ihrem Bestreben, die Kirche vom Staat zu trennen, durchmachte, kann am Verhalten Adolf Schärfs, der vom Mai

1957 bis Februar 1965 Bundespräsident war⁶⁸, exemplarisch und signifikant aufgezeigt werden. Am 18. Jänner 1934 polterte er im Bundesrat gegen Österreichs Bischöfe, insbesondere gegen deren Weihnachtshirtenbrief des Jahres 1933, und machte sich über das Konkordat lustig.⁶⁹ Nach 1945 hat er für jenen Friedensschluß zwischen Kirche und Staat des Jahres 1933/34 nur die wegwerfende Denomination „Exzeß des Dollfuß-Konkordates“ übrig.⁷⁰

Bei seiner Angelobung zum Bundespräsidenten im Mai 1957 findet Schärf jedoch Worte, die grünes Licht für Unterhandlungen über die Konkordatsfrage geben⁷¹, die dann schließlich zur Anerkennung der Gültigkeit des sogenannten Dollfuß-Konkordates durch die Bundesregierung und das Parlament führten.⁷²

⁶⁷ Klaus Scholder, Österreichisches Konkordat und nationalsozialistische Kirchenpolitik 1938/39. In: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1975, 20. Bd., S. 230–243; Liebmann, Theodor Innitzer (Anm. 48).

⁶⁸ Karl R. Stadler, Adolf Schärf 1890 bis 1965. In: Die Österreichischen Bundespräsidenten (Anm. 37), S. 208–256.

⁶⁹ Stenographisches Protokoll. 208. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 18. I. 1934; S. 2374ff. Weihnachtshirtenbrief der Österreichischen Bischöfe. In: WDBI, 21. XII. 1933, S. 99–105.

⁷⁰ Adolf Schärf, Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Wien 1950, S. 11.

⁷¹ Wiener Zeitung, 23. V. 1957, S. 2: „Ich will alles daransetzen, daß in diesem Klima eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche erfolgt, ohne daß dabei Sentimentalitäten von einst geweckt werden.“

⁷² Weinzierl, Österreichische Konkordate (Anm. 26), S. 248ff; dies., Das österreichische Konkordat (Anm. 63), S. 132f. Vgl. hierzu auch: Alfred Kosteletzky, Kirche und Staat. In: Ferdinand Klostermann/Hans Kriegel/Otto Mauer/Erika Weinzierl (Hg.), Kirche in Österreich 1918–1965. Wien-München 1966, I. Bd., S. 201–217; insbesondere S. 213ff; und: Österreichische Bischofskonferenz (Hg.), Kirche und Staat in Österreich. Wien 1955, S. 161ff; Hans Paarhammer (Hg.), Kirchliches Finanzwesen in Österreich. Geld und Gut im Dienste der Seelsorge. Thaur/Tirol 1989; Franz Olah, Die Erinnerungen. Wien-München-Berlin 1995, S. 161ff; Maximilian Liebmann, Die ÖVP im Spiegel der Bischofskonferenzakten von 1945 bis zur staatlichen Anerkennung des Konkordates. In: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien-Köln-Weimar 1995, S. 253–280.